

NIEDERSCHRIFT

über die **9.** Sitzung **des Mobilitätsausschusses** (XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **24.01.2023**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:22 Uhr
Den Vorsitz führte: Erhard Demmer

Sitzungsteilnehmer:

• Landrat

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Uwe Amelungk
3. Herr Lars Becker
4. Herr Heiner Cöllen
5. Herr Norbert Gand
6. Frau Dilek Haupt bis 17.30 Uhr (TOP 3)
7. Herr Thomas Jung
8. Herr Thomas Klann
9. Frau Sabina Kram

• SPD-Fraktion

10. Frau Christina Borggräfe
11. Frau Christa Buers Vertretung für Frau Doris Hugo-Wisseemann
12. Herr Horst Fischer
13. Herr Dietmar Ibach
14. Herr Wolfgang Kaisers
15. Herr Christian Stupp

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- | | |
|---------------------------------|-------------------------------------|
| 16. Herr Elias Aaron Ackburally | Vertretung für Frau Birgit Wollbold |
| 17. Herr Erhard Demmer | Ausschussvorsitzender |
| 18. Frau Ute Leiermann | Vertretung für Herrn Jürgen Peters |
| 19. Frau Kristina Neveling | |

- **FDP-Fraktion**

- | | |
|--------------------------|-----------------------------------|
| 20. Herr Christoph Mühle | Vertretung für Herrn Rainer Weber |
| 21. Herr Dirk Rosellen | Vertretung für Herrn Simon Kell |

- **AfD-Fraktion**

22. Herr Stefan Hrdy

- **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/
Deutsche Zentrumspartei**

23. Herr Roland Buske

- **beratende Mitglieder**

24. Herr Heribert Adamsky

- **Gäste**

- | | |
|----------------------------|-----------------------------|
| 25. Herr Kurt Lehmkuhl | Neuß:Grevenbroicher Zeitung |
| 26. Frau Monika Zimmermann | Kreistagsabgeordnete |

- **Verwaltung**

27. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
28. Herr Dezernent Gregor Küpper
29. Herr Marcus Temburg
30. Herr Arnd Ludwig
31. Herr Christian Bromm
32. Frau Samira Smentkowski
33. Herr Martin Stiller

- **Sonstige**

- | | |
|-----------------------|---|
| 34. Herr Ralf Dammann | Vertreter des VRR - Vortragender zu TOP 3 |
|-----------------------|---|

- **Schriftführerin**

35. Frau Ellen Spelter-Roschmann

- **Schriftführer**

36. Herr Achim Kuska

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		5
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Verpflichtung von sachkundigen Mitgliedern des Mobilitätsausschusses.....	5
3.	Zielnetz 2040 Vorlage: 61/2198/XVII/2023	5
4.	Kreisstraßen- und Radwegebauprogramm	7
4.1.	Kreisstraßen- und Radwegebauprogramm 2023 Vorlage: 66/2218/XVII/2023.....	7
	Protokoll:.....	7
	Beschlussempfehlung:	7
4.2.	Fortschreibung des Kreisstraßen- und Radwegebauprogramms für die Jahre 2024-2028.....	7
4.2.1.	Fortschreibung des Kreisstraßen- und Radwegebauprogramms für die Jahre 2024-2028 Wortprotokoll und Antrag auf getrennte Abstimmung	8
4.2.2.	Fortschreibung des Kreisstraßen- und Radwegebauprogramms für die Jahre 2024-2028 - Beschluss über die Fortschreibung des Kreisstraßen- und Radwegebauprogramms für die Jahre 2024-2028 Vorlage: 66/2222/XVII/2023.....	9
	Protokoll:.....	9
	Beschlussempfehlung:	9
5.	Bericht aus den Gremien des VRR und der KMN Vorlage: 61/2201/XVII/2023.....	9
6.	Anträge.....	11
7.	Mitteilungen	11
7.1.	Sachstandsbericht zur Anschlussstelle Delrath / K 33n Vorlage: 66/2217/XVII/2023	11
7.2.	Sachstandsbericht zum "Gesamtregionalen Radverkehrskonzept" Rheinisches Revier Vorlage: 61/2204/XVII/2023	11
8.	Anfragen	12
8.1.	Anfrage der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand des Mobilitätskonzeptes des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 61/2255/XVII/2023	12
8.2.	Mündliche Anfrage des Ausschussmitgliedes Ibach zum Sachstand der Maßnahme K 35n, 2. Bauabschnitt	13

9.	Mündliche Mitteilungen und Ankündigungen für die nächste Sitzung.....	13
9.1.	Mitteilung des Kreisdirektors zum Start des Pendlerportals.....	13
9.2.	Vorankündigung des Ausschussvorsitzenden für die nächste Sitzung	13

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Demmer eröffnete die 9. Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßte einleitend die zur Sitzung erschienenen Ausschussmitglieder, die anwesenden Gäste und die Vertreter der Verwaltung. Er stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig war.

2. Verpflichtung von sachkundigen Mitgliedern des Mobilitätsausschusses

Protokoll:

Nach Verlesung der Verpflichtungsformel wurde das stellvertretende **Ausschussmitglied Christoph Mühle** für den Mobilitätsausschuss verpflichtet.

3. Zielnetz 2040 Vorlage: 61/2198/XVII/2023

Protokoll:

Herr Dammann (VRR) informierte über die Angebots- und Infrastrukturplanungen im Schienenpersonennahverkehr in NRW - bezogen auf den Rhein-Kreis Neuss – (Anlage: Präsentation Zielnetz 2040).

Ausschussmitglied Cöllen wies darauf hin, dass die S-Bahn Rheinisches Revier über Jülich nach Aachen entgegen des Vorschlags des Kreistages und der entsprechenden Gesetzeslage in der Zielkonzeption nicht berücksichtigt wurde. Herr Dammann erläuterte, dass diese S-Bahn voll umfänglich im Gebiet der go.rheinland (früher: NVR) liegt und dort die Raumfindungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind. Aktuelle bereitet die go.rheinland die Ausschreibung einer Machbarkeitsstudie zur Ausgestaltung der Trassenführung vor. Auf Nachfrage von **Ausschussmitglied Cöllen** bestätigt Herr Dammann, dass für diese Linienführungen noch Änderungen stattfinden können. Konkret

erkundigte sich **Ausschussmitglied Cöllen** nach dem Initiator für die in der Präsentation dargestellten neuen Streckenführung von Bedburg – Düren – Aachen, und ob es sich um eine Gegenvorstellung einer S-Bahn von Jülich nach Aachen handelt. Herr Dammann erklärte, dass die Planungen noch offen sind und das Hoheitsgebiet der go.rheinland betreffen. Die beiden Aufgabenträger sind im engen Austausch und die Strecke wird im Rahmen der Machbarkeitsstudie ergebnisoffen untersucht werden.

Ausschussmitglied Fischer erkundigte sich nach den Zeitplänen zur Elektrifizierung der Strecke Neuss-Grevenbroich-Bedburg und der Realisierung der Planungen der S6. Er wies darauf hin, dass der Ausbau der S6 parallel zum Kohleausstieg laufen sollte.

Herr Dammann machte deutlich, dass im Rahmen der Umsetzung des Zielnetzes 2040 in Stufen gearbeitet werden wird. Vorrangig umgesetzt werden soll die Taktumstellung im Raum Düsseldorf auf den 15-Minuten Takt, die bis Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre dargestellt werden soll.

Zur Elektrifizierung teilte er mit, dass für den östlichen Teil der Revier-S-Bahn dem VRR der Entwurf des Planungsauftrags an die DB-Netz zur Stellungnahme vorliegt und die Elektrifizierung vorgesehen ist. Der genaue Zeitpunkt ist abhängig von der weiteren Gestaltung des Auftrages durch Bund und Land. Da ein zweigleisiger Ausbau angestrebt ist, kann man von einer Planfeststellung ausgehen.

Zum Zeitplan der S6 konnte Herr Dammann berichten, dass der Umsetzung der S6 im Kölner Raum noch umfangreiche Ausweitungen vorgeschaltet sind – dazu gehört auch der Ausbau der S11 – die geleistet werden müsse, damit die S6 überhaupt bis nach Grevenbroich fahren kann. Nach Unterzeichnung der Sammelvereinbarung zwischen Bund und der DB-Netz AG kann man genaueres über den Zeitplan sagen. Ausschussmitglied Fischer hinterfragte den Ausbau der S11 und ob die S6 erst nach Fertigstellung der S11 ausgebaut wird.

Kreisdirektor Brügge bat Herrn Dammann, ein eventuell entstandenes Missverständnis über zeitliche Ausbauabläufe der beiden S-Bahn-Linien klarzustellen. Herr Dammann erläuterte, dass die S11 bereits in der Sammelvereinbarung aufgenommen ist und die Planungen angelaufen sind. Durch die Aufnahme der S6 würden dann auch für diese Linie die Planungen beginnen. Bautechnisch müssen erst einzelne Elemente im Kölner Raum für die S11 fertiggestellt werden, um überhaupt die S6 mit der geplanten Anzahl von Fahrten nach Grevenbroich zu bekommen.

Ausschussmitglied Rosellen bat um Erläuterung über die Umsetzung der geplanten Taktumstellung auf der Linie S11. Herr Dammann führte aus, dass noch betrieblich ausgeplant werden muss, ob in Köln-Worringen oder in Dormagen die Taktumstellung erfolgen wird. Es werden auf jeden Fall 3 Leistungen zwischen Neuss und Köln gewährleistet sein.

Bei der Frage zur zeitlichen Planung des Haltepunktes Grevenbroich-Süd von **Ausschussmitglied Stupp** verwies Herr Dammann auf die Aufnahme in die Sammelvereinbarung und die dann folgenden Planungen. Grundsätzlich geht man davon aus, dass bei Inbetriebnahme der S6 auch die Haltepunkte fertiggestellt sind.

Die Annahme von **Ausschussmitglied Leiermann**, dass der Kölner Hbf. den 15' Takt nicht erlaubt, wird von Herrn Dammann damit erklärt, dass die Kölner an ihrem bisherigen Taktschema 10'/ 20' Takt festhalten.

Auf die Frage von **Ausschussmitglied Klann**, ob auf der westlichen Verbindung Richtung Aachen auch ein 15'/30' Takt geplant ist, erläuterte Herr Dammann, dass auf der RB Strecke Düsseldorf – Neuss – Mönchengladbach – Aachen 2 Leistungen pro Stunde mit der Zeitschiene 20'/40' vorgesehen sind.

Abschließend macht Herr Dammann auf Nachfrage des **Ausschussvorsitzenden** noch deutlich, dass sowohl hinter den betrieblichen Mehrleistungen als auch den Infrastrukturmaßnahmen noch keine Finanzierung steht. Mit dem vorliegenden Konzept will man auf den Bund zugehen, um eine Finanzierung herbeizuführen.

Ausschussvorsitzende Demmer bedankte sich für die Ausführungen und kündigte Unterstützung an.

4. Kreisstraßen- und Radwegebauprogramm

4.1. Kreisstraßen- und Radwegebauprogramm 2023

Vorlage: 66/2218/XVII/2023

Protokoll:

Da zu dem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vorlagen, stellte der Ausschussvorsitzenden den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Mobil/20230124/Ö4.1

Beschlussempfehlung:

Der Mobilitätsausschuss nimmt das Kreisstraßen-und Radwegebauprogramm 2023 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

4.2. Fortschreibung des Kreisstraßen- und Radwegebauprogramms für die Jahre 2024-2028

4.2.1. Fortschreibung des Kreisstraßen- und Radewegebauprogramms für die Jahre 2024-2028

Wortprotokoll und Antrag auf getrennte Abstimmung

Protokoll:

Dezernent Küpper erläuterte auf Nachfrage von **Ausschussmitglied Kaisers** zur Umsetzung der Maßnahme Kreisverkehr B 59 / K 19 / Schaan (Anlage 6), dass derzeit noch keine neuen Erkenntnisse vorliegen, da diese in Zuständigkeit von Straßen NRW liegt. Er sagte zu, dass man hier Kontakt mit dem Straßenbaulastträger aufnehmen wird um den aktuellen Stand der Umsetzung zu erfragen.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Rückmeldung von Straßen NRW kann die Umsetzung der Maßnahme in 2024 erfolgen, sofern bis dahin der Grunderwerb und die Planung abgeschlossen sind. Seitens des Kreises wurde bei der Bezirksregierung Düsseldorf die Maßnahme in 2022 für das entsprechende Förderprogramm angemeldet. Aufgrund der noch von Straßen NRW zu erledigenden Aufgaben (Planungs- und Baurecht sowie Grunderwerb) ist nach realistischer Einschätzung der Kreisverwaltung allerdings frühestens mit einer Umsetzung in 2025 zu rechnen.

Beratenes Mitglied Adamsky bat um Prüfung des vorhandenen Radweges entlang der K 19 (Wanloer Straße) Richtung Mönchengladbach. Bei ihm seien Beschwerden über den Zustand des Radweges eingegangen. Des Weiteren bat er um Prüfung, ob nicht ein breiter Ausbau nach aktuellem Standard erfolgen könnte. **Dezernent Küpper** sagte zu, mit der Stadt Mönchengladbach Kontakt aufzunehmen um hier eine Verbesserung zu erreichen.

Ausschussmitglied Becker erkundigte sich nach dem derzeitigen Stand bei den Ortsdurchfahrten K 4 (Kleinenbroich) und K 7 (Hoisten). **Amtsleiter Ludwig** berichtete, dass es bei der OD K 4 keinen neuen Sachstand gibt, da von Seiten der Stadt Korschenbroich noch keine Entscheidung über den Dissens zwischen dem ruhenden Verkehr und dem Radfahrer getroffen worden ist. **Ausschussvorsitzender Demmer** bat um nochmalige Kontaktaufnahme mit der Stadt.

Weiterhin führte **Amtsleiter Ludwig** aus, dass der Radweg entlang der K 7 Bestandteil der Radwegemaßnahme L 142 von Straßen NRW ist und sich derzeit im Planfeststellungsverfahren befindet. Eine Aussage über die Umsetzung der Maßnahme kann daher aktuell nicht getroffen werden.

Ausschussmitglied Ackburally stellte im Anschluss an die Wortmeldungen einen Geschäftsordnungsantrag auf „getrennte Abstimmung“.

Mobil/20230124/Ö4.2.1

Beschluss:

Der Ausschussvorsitzende stellte den Geschäftsordnungsantrag zur getrennten Abstimmung zur Entscheidung.

Abstimmungsergebnis:

Nach wiederholter Auszählung wurde der Antrag mit folgendem Ergebnis abgelehnt:

10 Ja-Stimmen (SPD + BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)
11 Nein-Stimmen (CDU + FDP + AfD + Fraktion UWG – Freie Wählergemeinschaft
RKN / Deutsche Zentrumsparterie)

4.2.2. Fortschreibung des Kreisstraßen- und Radewegebauprogramms für die Jahre 2024-2028**- Beschluss über die Fortschreibung des Kreisstraßen- und Radewegebauprogramms für die Jahre 2024-2028**

Vorlage: 66/2222/XVII/2023

Protokoll:

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte der Ausschussvorsitzende im Anschluss den von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Mobil/20230124/Ö4.2**Beschlussempfehlung:**

Der Mobilitätsausschuss beschließt das vorliegende Kreisstraßen- und Radwegeneubauprogramm 2024 bis 2028 für den Ausbau der Kreisstraßen und Radwege als Anweisung an die Verwaltung, die notwendigen Vorbereitungen zur Planung und Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag zum Bauprogramm wurde mehrheitlich mit 5 Enthaltungen angenommen.

5. Bericht aus den Gremien des VRR und der KMN

Vorlage: 61/2201/XVII/2023

Protokoll:

Ausschussmitglied Cöllen teilte mit, dass in einer Sitzung der CDU-Fraktion im VRR ein Vertreter der DB Regio zu den vermehrten Zugausfällen Stellung genommen und angekündigt hat, mit verschiedenen Maßnahmen Abhilfe zu schaffen. Geplant ist eine Anwerbungskampagne um 160 Triebfahrzeugführer unter vereinfachten Einstellungs Voraussetzungen einzustellen sowie die Einstellung von zusätzlichen 80 Fachkräften für die Werkstätten.

Er wies darauf hin, dass um das 49-Euro-Ticket noch viele offene Fragen bestehen und informierte über den im Verwaltungsrat des VRR aus Gründen der Rechtssicherheit gefassten Vorbehaltsbeschluss, um die Aufgabenträger und die beteiligten Kommunen vor Haftungssituationen zu schützen. Inhalte des Beschlusses sind:

- Sicherung der Liquidität der Verkehrsunternehmen
- Anspruchsgrundlage für den Ausgleich für entstehende Mindereinnahmen
- Regelung der Einnahmeaufteilung bzw. Ausgleich der Defizite hinsichtlich Art, Umfang und Zeitpunkt.

Er teilte mit, dass der VRR den Kommunen das Angebot machen wird, externe Planer für die Umsetzung des barrierefreien Haltestellenausbaus einzusetzen. In den nächsten Wochen wird der Bedarf bei den Kommunen abgefragt. Bei entsprechendem Interesse wird eine Ausschreibung erfolgen um die Kosten für diese Leistungen zu ermitteln.

Zum Schnellbus (X94) zwischen Korschenbroich und Dormagen berichtete er, dass der VRR den Vorschlag des Rhein-Kreises Neuss in die Planung aufgenommen hat. Die Kommunen Dormagen, Korschenbroich und Grevenbroich sind dem Grunde nach an der Einrichtung dieser Schnellbuslinie interessiert, so dass der VRR dem Landesverkehrsministerium diese Linie zur Förderung vorschlagen hat.

Ausschussmitglied Cöllen teilte weiter mit, dass in der Sitzung der KMN die Erfahrungen mit dem 9-Euro-Ticket beraten worden sind. Laut Aussage des Geschäftsführers der Stadtwerke Krefeld hat nur ein temporärer Zuwachs an Fahrgästen stattgefunden und die Erwartungen über einen Umstieg auf den ÖPNV hätten sich nicht erfüllt.

Der **Ausschussvorsitzende** bedankte sich für die Ausführungen und erteilte **Ausschussmitglied Fischer** das Wort.

Ergänzend teilte dieser mit, dass der VRR der Ansicht ist, dass das 49-Euro-Ticket erst im Mai starten kann. Er gab zu bedenken, dass das der letzte Termin für eine Einführung sein sollte, da danach bereits die Fahrradsaison beginnt.

Landrat Petrauschke machte deutlich, dass der Umstieg auf den ÖPNV von allen gewünscht ist, die Umsetzung aber schlecht gemacht und die damit verbundenen finanziellen Risiken für die Verkehrsunternehmen nicht absehbar sind. Er kritisiert die geplante Einnahmeaufteilung und äußerte seine Befürchtung, dass bei steigenden Energiepreisen und Personalkosten evtl. Linien eingestellt werden. Es gibt noch eine Menge unbeantworteter Fragen, die erst in der Praxis auffallen werden. Letztlich aber würden alle vorgesehen Mittel für den weiteren Ausbau des ÖPNV aufgebraucht.

Auf die Kritik von **Ausschussmitglied Ackburally** über den mangelhaften Ersatzverkehr bei der Waggon-Entgleisung in Dormagen erläuterte **Ausschussmitglied Cöllen**, dass bei Zugausfällen das jeweilige EVU die Organisation für den Ersatzverkehr durchführen muss. Bezogen auf die Regiobahn führte er aus, dass diese in Verhandlungen mit dem VRR ist, Personal in die Leitzentrale Duisburg abzustellen, die dann für alle EVU zentral Schienenersatzverkehr organisieren soll. Landrat Petrauschke ergänzte, dass es sich in Dormagen um einen Unfall gehandelt hat, ansonsten die DB-App überwiegend aktuelle Daten enthält. Wünschenswert wäre aber auch eine entsprechende genaue Darstellung in der VRR-App.

Herr Adamsky äußerte sich kritisch zur Regelung der Fahrradmitnahme im Rahmen des 49-Euro Tickets und appellierte, dass der Rhein-Kreis Neuss sich für eine attraktive, bundeseinheitliche Lösung beim VRR stark machen soll. Landrat Petrauschke machte deutlich dass der Rhein-Kreis Neuss die Fahrradmitnahme befürwortet, derzeit im VRR-Gebiet die Mitnahme in Hauptverkehrszeiten nur begrenzt möglich ist. Er erklärte, dass das der Bund beim Deutschlandticket keine Zusatzleistungen vorsieht. Das im VRR-Gebiet angedachte Zusatzticket für die Fahrradmitnahme wäre schon eine Erweiterung über das hinaus, was der Bund zulassen will.

Ausschussmitglied Rosellen hob die grundsätzlich positiven Aspekte des 49-Euro Tickets hervor und riet, in der weiteren Umsetzung notwendig Verbesserungen durchzuführen.

Ausschussmitglied Leiermann äußerte ihre Kritik über die Höhe des Preises für das Deutschlandtickets und hätte einen differenzierteren Preis befürwortet. **Ausschussmitglied Cöllen** machte deutlich, dass eine Fürsorgepflicht gegenüber den Kommunen und den dort tätigen Unternehmen besteht.

6. Anträge

7. Mitteilungen

7.1. Sachstandsbericht zur Anschlussstelle Delrath / K 33n Vorlage: 66/2217/XVII/2023

Protokoll:

Zu dem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

7.2. Sachstandsbericht zum "Gesamtregionalen Radverkehrskonzept" Rheinisches Revier Vorlage: 61/2204/XVII/2023

Protokoll:

Der **Ausschussvorsitzende** verwies auf die Vorlage. **Ausschussmitglied Leiermann** erkundigte sich nach den Planungen und Überlegungen der Verwaltung hinsichtlich der aus der Presse zu entnehmenden Strecken Neuss – Dormagen bzw. Neuss – Grevenbroich. **Dipl.-Ing. Stiller** führte aus, dass die Antwort auf die Frage, auf welche Strecken man sich für diese Machbarkeitsstudien verständigt, in der Steuerungsgruppe der Projektpartner gefunden werden wird. Er zeichnet die Vielzahl der Möglichkeiten der Streckenverbindungen auf (höchstes Potential, zwischen den Partnern verbindende Strecken, innerstädtische Strecken, in die Region gehende Strecken) und kündigt an, dass für Anfang Februar die erste Auftaktveranstaltung vorgesehen ist.

Auf die Frage von **Ausschussmitglied Fischer** nach der Zuständigkeit Rhein-Kreises Neuss für den geplanten Radschnellweg von Neuss nach Düsseldorf, Monheim, teilte **Dipl. Ing. Stiller** mit, dass die Verantwortlichkeit für die Planung zur Trassenfindung dieses Radschnellweges bei Straßen NRW liegt. Derzeit ist das Verfahren ins Stocken geraten, weil auf Düsseldorfer Stadtgebiet die Streckenführung nicht ausdiskutiert ist. Die Umsetzung muss von den jeweiligen Baulastträgern durchgeführt werden. Auf dem Stadtgebiet Neuss ist die Streckenführung unstrittig.

Auf die Anregung von **Herrn Adamsky**, den geplanten Radweg an der L69 nicht nach jetzigen Standard auszubauen, sondern um einen Meter zu verbreitern, um dadurch die erste Radvorrangroute im Rhein-Kreis Neuss zu schaffen, äußerte Landrat Petrauschke seine Bedenken wegen der notwendigen Änderung des Planfeststellungsbeschlusses und der damit verbundenen Verzögerung des Baus. **Ausschussvorsitzender Demmer** bedankte sich für die sinnvolle Anregung.

(Ergänzend hier der aktuelle Stand aus der Vorabstimmung Straßen.NRW mit Kreis und Kommunen: „Es wurde auf das Radverkehrskonzept Rheinisches Revier hingewiesen, dass entlang der L69 eine Radvorrangroute vorsieht. Hierfür wäre eine Breite von 3,50 m für den geplanten Geh- und Radweg erforderlich. Seitens Straßen NRW wurde mitgeteilt, dass der Radweg vorläufig mit einer Breite von 2,50 m geplant werden muss, solange eine Rückmeldung aus der Landesregierung hinsichtlich der Wahl einer Streckenführung für eine Radvorrangroute aussteht. Innerhalb der Planung ist jedoch im Dammkörper ein Flächenbedarf für einen 3,50 m breiten gemeinsamen Geh- und Radweg vorzusehen, sodass ein Ausbau prinzipiell möglich wäre.“)

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

8. Anfragen

8.1. Anfrage der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand des Mobilitätskonzeptes des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 61/2255/XVII/2023

Protokoll:

Der Vorsitzende verwies auf die umfangreiche Vorlage. Es gab keine Wortmeldungen.

8.2. Mündliche Anfrage des Ausschussmitgliedes Ibach zum Sachstand der Maßnahme K 35n, 2. Bauabschnitt

Protokoll:

Ausschussmitglied Ibach erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Maßnahme K 35n (2ter Bauabschnitt). **Amtsleiter Ludwig** entgegnete hierauf, dass der Grunderwerb teilweise noch nicht abgeschlossen sei. Des Weiteren findet diese Woche noch ein Gespräch mit der Stadt Korschenbroich statt, Themen hierbei sind u.a. der Grunderwerb, das Planungsrecht und der Flächennutzungsplan. Das Protokoll dieses Gespräches wird auf Wunsch als Anlage beigelegt.

9. Mündliche Mitteilungen und Ankündigungen für die nächste Sitzung

9.1. Mitteilung des Kreisdirektors zum Start des Pendlerportals

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge berichtete über die Einführung des Pendlerportals, welches unter <https://rhein-kreis-neuss.pendlerportal.de/> aufrufbar ist. Er bat die Anwesenden, das Pendlerportal intensiv zu werben und führte aus, dass sich die Kosten für das Pendlerportal auf 1.850 Euro belaufen. Abschließend hob er die Vorteile des Pendlerportals für den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit im Rhein-Kreis Neuss hervor.

Ausschussmitglied Becker merkte ebenfalls an, dass dieses Portal davon lebt, dass es möglichst viele Teilnehmer hat und regte an, dass die Ausschussmitglieder die Auftritte bei Öffentlichkeitsveranstaltungen nutzen sollten, um es zu bewerben.

Kreisdirektor Brügge ergänzte, dass das zuständige Amt und das Amt für Öffentlichkeitsarbeit dieses Projekt intensiv bewerben wird.

9.2. Vorankündigung des Ausschussvorsitzenden für die nächste Sitzung

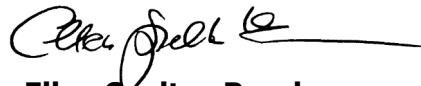
Protokoll:

Der **Ausschussvorsitzende Demmer** kündigte auf Vorschlag von **Ausschussmitglied Klann** für die nächste Sitzung einen Vortrag über Infrastrukturprojekten, insbesondere bei der Bahn, an. Dem Vorschlag einen Experten dazu einzuladen wurde einstimmig angenommen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Erhard Demmer um 18:22 Uhr die Sitzung.



Erhard Demmer
Vorsitz



Ellen Spelter-Roschmann
Schriftführung



Achim Kuska
Schriftführung